

## Das Volksentscheid-Manöver der SED

### Verlogene Fragestellung — „Die Leute reden sonst zuviel vom Essen“

Am 17. Oktober wird in der Sowjetzone „gewählt“. Nach Einheitslisten wird über den „Demokratischen Block“ abgestimmt. Gleichsam als Auftakt dieser Wahl-Farce startet am Sonntag die lange vorbereitete SED-Volksbefragung gegen das europäische Verteidigungssystem. Diese verlogene Volksbefragung soll nicht zuletzt von der schweren wirtschaftlichen Krise in der Sowjetzone ablenken. Die Diskussionen sollen nicht mehr über Normerhöhungen und Rationierung geführt werden, sondern um Tagesforderungen der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es ist jene Taktik, von der der Agitationssekretär der SED Berlin vergangene Woche sagte: „Wir müssen den Inhalt der Diskussionen bestimmen, die Leute reden sonst zuviel vom Essen!“

Die Bevölkerung der Sowjetzone, in deren Städten die Divisionen der Kasernierten Volkspolizei einquartiert sind, und deren Kinder für die KVP zwangsgeworben werden, weiß sehr genau, wie notwendig eine militärische Verteidigung Europas ist. Trotzdem hätte es wenig Sinn, der verlogenen SED-Frage: „Friedensvertrag oder EVG?“ opfervollen Widerstand entgegenzusetzen. Die Fragestellung ist so absurd, daß eine sachliche Auseinandersetzung mit ihr nicht möglich ist.

Jeder Deutsche ist heute so wohl für einen Friedensvertrag als auch für die erforderlichen Sicherheitsgarantien gegen eine kommunistische Expansion. Ein Land, an dessen Grenzen innerhalb weniger Jahre einst unabhängige Staaten durch kommunistische Staatsstreich unter Sowjetherrschaft gerieten, wird von diesen Problemen am ehesten angeührt. Solche Staatsstreich hat man in Polen, Ungarn und am deutlichsten in der Tschechoslowakei durchgeführt, und es besteht kein Zweifel, daß die „gesamtdeutsche Politik“ der SED auf kein anderes Ziel ausgerichtet ist.

Wer die Diskussionen in der SED-Presse verfolgt, merkt deren Enttäuschung, daß dieses

Volksbefragungstheater von der Bevölkerung nicht ernst genommen wird. Vielleicht hätte die SED im Januar nicht erst ihre so skandalös beendete Unterschriftenlisten-Aktion starten dürfen. Der Betrug dieser Aktion, mit der man auf die Viererkonferenz einseitigen Druck ausüben wollte, ist noch hinreichend bekannt.

Der jetzige „Volksentscheid“ hat keinerlei politischen Sinn. Er hat die Aufgabe, die aktuellen Diskussionen in der Sowjetzone — die sich um die Nöte und Sorgen der Menschen bewegen — durch großangelegte Agitationskampagnen totzureden.

Seit Wochen kommen nun Bewohner der Sowjetzone und fragen, wie man sich dieser demagogischen Abstimmung entziehen kann. Hier muß festgestellt werden: Die SED hat durch die über einen längeren Zeitraum gestreckte Abstimmung ähnlich wie bei der Unterschriftenlisten-Aktion im Januar die Möglichkeit, jeden Bürger an die Wahlurne zu schleppen. Sie kann sich kein Abstimmungsergebnis unter 90 Prozent leisten. (Der sehr geschickt zusammengesetzte Zentrale Abstimmungsausschuß garantiert ein etwas höher liegendes „Abstimmungs“-Ergebnis.)

Eine Demonstration nach außen kann diese unsinnige Abstimmung aber niemals sein: Die Weltöffentlichkeit ist hinreichend über Ziel und Methoden dieser „Volksbefragung“ orientiert.

Es lohnt sich nicht, bei dieser verlogenen Abstimmung seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Wer nicht hingehet, ohne selbst für die SED stichhaltige Gründe der Abwesenheit gefährdet zu haben, gefährdet sich. Eine andere Frage ist, wie man sich bei der Abstimmung selbst verhalten soll und kann. Natürlich werden wieder die Abstimmungsfälscher am Werk sein. Zwischen den drei Abstimmungstagen liegen ja zwei Nächte. Trotzdem gibt es viele Menschen in der Sowjetzone, die nicht einfach der kommunistischen Abstimmungsparole nachgeben wollen. Von da her kommt die Frage, die uns in diesen Tagen aus der Zone und aus Ostberlin so oft gestellt worden ist: Was sollen wir nun mit dem Abstimmungszeitel machen? Die beste Methode wäre sicherlich, in beide Kreise ein Kreuz zu machen, um damit die Unsinnigkeit der Fragestellung zu kennzeichnen und eine nachträgliche Verfälschung des Wahlzettels zu verhindern. Ob eine solche Kennzeichnung aber möglich ist, ohne sich zu gefährden, ob es vielleicht nicht richtiger ist, gar keine Kennzeichnung vorzunehmen und den Abstimmungszettel gewissermaßen leer abzugeben, oder ob man ihn sonst irgendwie ungültig macht, — das zu entscheiden, muß man dem einzelnen überlassen, denn es hängt von den Verhältnissen im Wahllokal ab, und — wie gesagt, es lohnt sich nicht, sich wegen dieser Abstimmungskomödie unnötig zu gefährden.

J. B. Gradl

## Entscheidend ist der Wille

Was vor einem Jahr am 17. Juni im sowjetischen Besatzungsbereich geschah, war das Äußerste dessen, was Menschen überhaupt tun können, um ihren Abscheu gegen Zwang und Tyrannei erkennbar zum Ausdruck zu bringen. Sie haben ihren Arbeitsplatz, ihre persönliche Freiheit, ihr Leben gewagt — mehr ist nicht möglich. Die fremde Gewalt war zwar schließlich stärker. Aber gesiegt haben in Wahrheit sie, die Ohnmächtigen, indem sie die Machthaber vor aller Welt zwangen, sowjetisches Standrecht gegen das eigene Volk zu rufen.

### Recht zum Feiern?

Heute wird dieser Tag überall, wo Deutsche in politischer Freiheit leben können, als „Tag der deutschen Einheit“ begangen. Er ist als gesetzlicher Feiertag erklärt worden, weil das nun einmal nötig ist. Aber das Wort Feiertag paßt im Grunde nicht. Wir, die wir das Geschehen des 17. Juni an seinem ersten Jahrestage „feiern“ können, haben eigentlich kein Recht dazu, und die jenseits der Zonen- und Sektorengrenze, die das Recht hätten, dürfen und können ihn nicht feiern.

Es ist eine merkwürdige Sache: die beiden hervorragenden nationalen Leistungen im Nachkriegsdeutschland — der Blockadekampf Westberlins und der Freiheitsaufstand Ostberlins und der Sowjetzone — sind diesseits der Zonengrenze vollbracht worden, in den vollen Genuß ihrer Früchte ist aber bisher nur das Deutschland jenseits der Zonengrenze gelangt. Es wäre töricht und ungerecht, daraus Vorwürfe herzuweisen. Die Zähigkeit und der Fleiß, mit denen die West- und Süddeutschen aufgebaut und wieder einen deutschen Kernstaat geschaffen haben, an den sich Berlin und die Sowjetzone halten und auf den sie hoffen können, sind auch eine große und achtunggebende deutsche Leistung. Sie darf nicht deshalb geringer ge-

schätzt werden, weil Berlin noch nachhinken muß und die Sowjetzone ausgeschlossen ist. Aber das steht wiederum doch fest: die ursprünglich feindselige Stimmung der Nachkriegswelt gegen „die Deutschen“ ist erst durch den Freiheitskampf Westberlins gegen die kommunistische Blockade wirklich überwunden worden. Wo aber noch Mißtrauen gegen uns in der freien Welt blieb, da hat das Geschehen des 17. Juni der vollen Wiederherstellung des deutschen Ansehens und Vertrauens den Weg geebnet.

### Tag der Besinnung

Um so mehr Grund für alle Deutschen im Bundesgebiet und in Westberlin, den 17. Juni nicht nur als nationalen Feiertag im üblichen Sinn zu nehmen, sondern als einen Tag gesamtdeutscher Besinnung. Als einen Tag der Selbstprüfung, ob man vor den Deutschen drüben bestehen kann, ob man genug getan hat, um ihr Schicksal zu wenden, ob man sich ihrer im vergangenen Jahr würdig erwiesen hat. Haben wir in unserer Anteilnahme, in der Pflege der menschlichen Beziehungen und Hilfen, in unserem politischen Handeln und Auftreten vor der Welt immer das Schicksal der Sowjetzone und die Aufgabe, sie frei zu bekommen, genügend vor Augen gehabt? Die Frage wird nicht gestellt, um ausgerechnet an diesem Tage politische Kritikerei zu betreiben. Sie soll heute nur mahnen, jeden von uns. Niemals ist genug getan, solange das Ziel nicht erreicht ist!

So unzufrieden wir mit uns sein müssen, so darf doch heute auch positiv festgestellt werden: seit dem 17. Juni 1953 ist das deutsche Denken zwar immer noch nicht genug, aber doch zunehmend stärker jener Aufgabe zugewandt, Mitteldeutschland zurückzugewinnen für ein Deutschland in Einheit und Freiheit. Das alles in Bewegung zu bringen, dauert viel länger als in totalitären Systemen, aber dafür ist es echt und nicht eine Angelegenheit von Funktionären, sondern des Volkes.

### Die deutsche Not

Oft wird über das ungenügende Wissen und die ungenügende Anteilnahme der westdeut-

schen Bevölkerung hinsichtlich der Situation der Sowjetzone geklagt. Leider vielfach mit Recht. Und doch wäre es falsch, daraus einfach zu schließen, man habe keinen gesamtdeutschen Willen. Das Problem liegt tiefer: Aus den verschiedensten Kreisen wurde festgestellt, daß die bisherige Lähmung des gesamtdeutschen Willens in breiten Schichten nicht vom Nichtwollen herkommt, sondern davon, daß der wirkliche Weg zu tatsächlicher Wiedervereinigung nicht erkennbar ist. Was das Denken und Wollen hemmt, giftigt in der Aussprache von Mensch zu Mensch meist in der Frage: Wie kann man denn die Sowjets auf friedlichem Wege herausbringen? Darauf gibt es zwar viele politische Antworten, aber keine Antwort, die einfach und durch ihre Einfachheit ohne weiteres einleuchtend und deshalb mitteilend wäre. Diese deutsche Gegenwartsnot der Spaltung ist so beissend, und der Gegensatz der Mächte erscheint so unüberbrückbar, daß bei vielen die Hoffnung erdrückt und der Wille gelähmt wird. Kurz ausgedrückt: Da kein Weg erkennbar ist, ist auch kein Wille da.

Darüber zu lamentieren oder zu schimpfen, wäre dennoch abwegig. Man würde sich nur hingewängeln über die Tatsache, daß hier eine entscheidende Aufgabe bewältigt werden muß, nämlich jedermann zu überzeugen, daß auch an der Politik die altväterliche Weisheit gilt, wo ein Wille, da ein Weg. Vor sowjetischen Besatzungspanzern, angesichts der Erfahrung des 17. Juni, klingt das wie eine phantastische Träumerei, wie eine Illusion. Und doch ist es so, daß der Wille eines Volkes, wenn er nur hart und deutlich genug ist, in sich eine Kraft entwickelt, die Wege schafft. Wenn der Teil des deutschen Volkes, der das Glück hat, nicht in kommunistischer Sklaverei zu leben, solchen leidenschaftlichen und mutigen Willen aufbringt, wie ihn die Deutschen in der Sowjetzone vor einem Jahr aufgebracht haben, wird sich die Welt, auch ihr sowjetischer Teil, schließlich doch bereit finden müssen, dem natürlichen Recht unseres Volkes nachzugeben. Und dann wird es auch Wege geben.

# Der Bundespräsident wird in Berlin gewählt

## Bundesversammlung tagt in der alten Reichshauptstadt

Bonn (Eigenbericht/DPA). Die Neuwahl des Bundespräsidenten wird am 17. Juli in Berlin stattfinden, Bundestagspräsident Dr. Ehlers teilte mit, daß er die 1018 Mitglieder zählende Bundesversammlung für diesen Tag in die alte Reichshauptstadt einberufen wird. Gleichzeitig wurde in Berlin bekannt, daß Bundespräsident Heuss einige Tage lang in Berlin sein wird.

Die von Dr. Ehlers getroffene Entscheidung wurde vom Senat und den Berliner Parteien lebhaft begrüßt. Der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber erklärte, Berlin werde alles tun, daß die feierliche und für ganz Deutschland symbolhafte Wahl in einem würdigen Rahmen stattfinden werde. Der Senat hat dem Bundestagspräsidenten als Ort für den Wahlakt die Messehallen am Funkturm vorgeschlagen.

Da man einschließlich der Ehrengäste und der Presse mit 2000 Teilnehmern zu rechnen hat und wenigstens einem kleinen Teil der Bevölkerung Gelegenheit geben will, der Wahl beizuwohnen, würden sich andere Tagungsstätten als zu klein erweisen. Von den Berlin anfliegenden Fluggesellschaften wird betont, daß keine Reise-schwierigkeiten für die Mitglieder der Bundesversammlung bestünden.

Bundesminister Jakob Kaiser erklärte: „Ich begrüße es, daß die Wahl in Berlin erfolgt. Dadurch wird nicht nur die Bevölkerung Berlins und der Zone ermutigt, sondern dem gesamten deutschen Volk wird in sinnfälliger Weise der Wille zur staatlichen Einheit aller Deutschen zum Ausdruck gebracht.“

Bundestagspräsident Ehlers sagte, er habe seine Entscheidung für Berlin in Übereinstimmung mit allen Fraktionen des Bundestages getroffen. Es komme in der Politik nicht immer auf verstandesmäßige Dinge an, sondern auch auf ein symbolhaftes Handeln.

\*

DT. Die Mitteilung des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers, daß er die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten zum 17. Juli nach Berlin einberufen werde, wird nicht nur in Berlin, sondern auch in weiten westdeutschen Kreisen

lebhaft begrüßt, weil die von Dr. Ehlers getroffene Entscheidung ein Bekenntnis gesamtdeutschen Willens ermöglicht, dessen symbolische Kraft von Berlin aus in allen Teilen Deutschlands und am meisten in der Zone selbst wirksam werden wird. Darauf allein kam es an; daß in Berlin eine große Handlung, ein verfassungsrechtlicher Akt geschehe, mit dem ein weitlin sichtbares Zeichen gesetzt werde. Wir brauchen solche Zeichen; denn sie künden, daß Deutschland unteilbar ist — unteilbar in seinem Raume und

unteilbar auch in seiner Freiheit.

Wir danken deshalb dem Bundestagspräsidenten, der gemäß der Verfassung zur Einberufung der Bundesversammlung allein legitimiert ist, daß er entgegen den Bedenken selbst mancher seiner politischen Freunde so entschieden hat: Nicht für das geographische Gebilde Berlin, sondern für eine nationale Sache, die nun einmal Berlin anders als Bonn oder irgendeine andere deutsche Stadt in ganz besonderer Weise verkörpert. Berlin wird sich in jeder Beziehung der hohen Ehre würdig erweisen, die Stätte eines verfassungsrechtlichen Aktes zu sein, der inmitten der diktatorisch überfremdeten Zone höchster Ausdruck freiheitlicher Staatsgesinnung und gesamtdeutschen Willens ist.

## Dokumentarfilm über Sowjetzone

### Er soll in allen westdeutschen Kinos laufen

Herford (DPA). Der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Herausgegebene Dokumentarfilm „Sowjetzone 1953/54“ wurde auf einer Veranstaltung des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge in Herford uraufgeführt. Er soll Ende Juli in den Lichtspielhäusern der Bundesrepublik anlaufen.

Der erste Teil ist aus sowjetzonalen Wochenschauen zusammengesetzt und zeigt beispielsweise die Umbenennung von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt durch Grotewohl, den Besuch einer Abordnung der Sowjetzonenregierung in Moskau, die Vorbereitungen zur Berliner Konferenz und Besichtigung von Fabriken.

Der zweite Teil besteht aus einem Bildbericht des Werbegraphikers Erhard Fitze, der nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft von den Sowjetzonenbehörden den Auftrag erhalten hatte, einen Film über die DDR zu drehen. Auf seiner Flucht in die Bundesrepublik brachte er den Streifen mit, der das Leben in den Städten, vor allem Wittenberge

und Perleberg, und die Verhältnisse auf dem Lande schildert.

## Wirth-Partei fälscht Unterschriften

Düsseldorf (AP). Der Landeswahlaußschuß für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 27. Juni hat beschlossen, sämtliche vom „Bund der Deutschen“ (BdD) des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Josef Wirth vorgelegten Unterschriftenlisten auf strafrechtliche Verstöße zu überprüfen. Alle neuauftretenden Parteien müssen nach dem Landeswahlgesetz mindestens 100 Unterschriften für jeden Wahlkreis vorlegen. Der Wahlauschuß stellte u. a. fest, daß auf den Listen des BdD aus zwei Kölner Wahlkreisen 34 Wählerunterschriften gefälscht waren.

In einem Wahlkreis waren die Einwohner dadurch getäuscht worden, daß sich Vertreter des BdD als Angehörige der Stadtverwaltung ausgaben, die sich durch Unterschriften bestätigen ließen, daß die üblichen Wahlbenachrichtigungen eingetroffen seien.

## Bonner Politik wird fortgesetzt

Moskau (AP/DPA). Der sowjetische Ministerpräsident Malenkov hat dem Sowjetzonen-Ministerpräsidenten Grotewohl versichert, die sowjetische Regierung werde sich „wohlwollend“ gegenüber Anregungen bezüglich der Herstellung von „wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen“ mit der Bundesrepublik Deutschland verhalten. Von diplomatischen Beziehungen ist in den entsprechenden Berichten aus Moskau nicht die Rede.

Bonn (Eigenmeldung). Auch nach den Äußerungen Malenkovs werde die Bundesregierung ihre bisherige Politik in allen wesentlichen Fragen fortsetzen, betonten politische Kreise in Bonn. Die Bundesregierung beabsichtigt offenbar nicht, in der von Malenkov angedeuteten Richtung in absehbarer Zeit Schritte zu unternehmen.

## Volle Unabhängigkeit

Washington (DPA). Großbritannien und die USA haben vorbereitende Gespräche aufgenommen, um zu prüfen, ob die Bundesrepublik Deutschland bewaffnet und ihr die volle Unabhängigkeit auch ohne französische Zustimmung gegeben werden kann. Dies berichtet die amerikanische Presse-Agentur INS aus Washington.

## Die Explosion in Guatemala

Wer ist Oberst Castillo Armas?

Guatemala City (AP). In Honduras, entlang der guatemaltekischen Grenze, aufmarschierte antikommunistische Verbände sind in Guatemala eingerückt, um die linksgerichtete guatemaltekische Regierung des Präsidenten Jacobo Arbenz zu stürzen. In den drei guatemaltekischen Städten Puerto Barrios, Quetzaltenango und Zacapa ist es zu Aufständen gekommen.

Der Außenminister von Guatemala, Toriello, hat am Freitagabend erklärt, der Kampf um Guatemala habe begonnen. Die Invasionsstreitkräfte würden von dem im Exil lebenden Guatemalteken Carlos Castillo Armas befehligt.

Wer ist dieser Oberst Castillo Armas? Der sehnige Mann mit der leisen Stimme war vor Jahren Generalstabsoffizier in Guatemala. Im November 1950 machte er einen Putschversuch. Der jetzige 40jährige Präsident von Guatemala, Jacobo Arbenz Guzman, damals Kriegsminister, brachte Castillo Armas hinter Gefängnisgitter. Durch einen Erdtunnel unter den Mauern hindurch gelang dem Obersten Castillo Armas die Flucht. Seitdem organisiert er im benachbarten Honduras den Sturz des kommunistenfreundlichen Regimes von Arbenz Guzman.

Castillo Armas war ja nicht allein im Exil. Mit ihm waren zahlreiche andere regimefeindliche Landsleute freiwillig oder als politisch Verfolgte über die Grenzen gegangen.

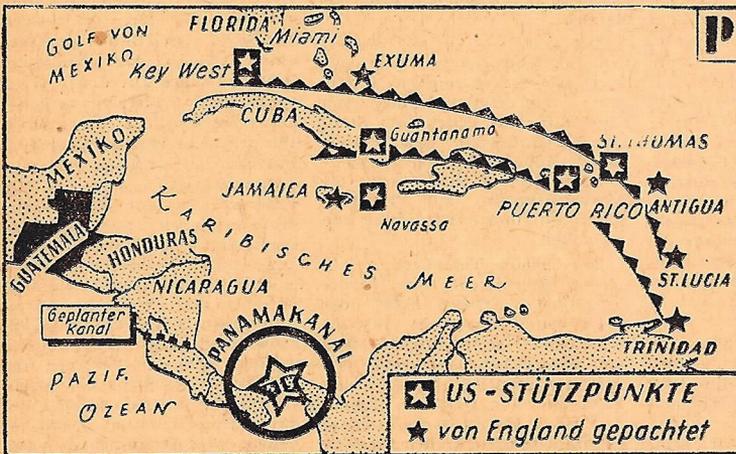
Früher hätte sich um diesen Hauskrach in Mittelamerika nie-

mand in der übrigen Welt viel gekümmert. Der Alarm begann auch nicht erst damit, daß die letzte Waffenlieferung aus dem Ostblock nach Guatemala mit 2000 Tonnen größer war als sämtliche Waffensendungen nach Mittelamerika im Lauf der letzten 30 Jahre. Gefährlich wurde für die Nachbarn Guatemalas, daß dort ein Stützpunkt Moskaus auf dem amerikanischen Kontinent heranzuwachsen drohte, und das in nächster Nähe des Panamakanals!

Heute weiß man in Amerika, was es bedeutet, wenn die Sowjets Stützpunkte zu errichten und damit weiter in die westliche Welt vorzudringen versuchen.

Gewiß, die Obersten, Generale, die herrschenden Präsidenten und zur Herrschaft drängenden Präsidentschaftsanwärter mit ihren Anhängern — das alles ist, wie es in diesen he-

Ben Miniaturstaaten immer war. Aber diesmal stehen hinter beiden Gruppen dieses scheinbaren Kleinkrieges im Hinterhauskorridor Amerikas zwei Weltmächte. Was übers Wochenende mit der Explosion in Guatemala begann, ist keine der üblichen Rebellionen mehr. Es scheint eher, wenn auch im Miniaturmaßstab jener Form der gewaltsamen Auseinandersetzung ähnlich zu werden, wie wir sie aus Korea kennen.



Machtverteilung in Mittelamerika und Westindien

## Goldene Stadt ohne Glanz

In Prag verschwand die Eleganz aus den Straßen

Auch in Prag ist es Sommer geworden; allerdings nur in der Natur, nicht in den Herzen der Menschen. Gewiß, die Hänge an der Moldau grünen und blühen. Die Bewohner der goldenen Stadt schwärmen durch Gärten und Felder. Doch nur hier an den Ufern der Moldau, zwischen Rebhügeln und Obstgärten, ist der Prager wirklich noch Mensch. Seine Stadt ist längst zum riesigen Gefängnis geworden, zum grauen Arbeitshaus, in dem die kommunistischen Aufseher die Norm immer mehr heraufpeitschen.

Sechs Jahre sind es nun schon her, seit die kommunistische Arbeitermiliz durch die Straßen marschierte. Sechs Jahre währte auch die deutsche Herrschaft auf dem Hradschin, bis der Pöbel seine Orgien der Rache an wehlosen deutschen Zivilisten feierte. Damals jubelte man den russischen „Befreierern“ zu . . .

Das Rad der Geschichte hat sich weitergedreht. Vergebens suchen die Bürger eine Parallele zu den sechs Jahren deutscher Herrschaft. Das Jahr 1954 verspricht keine Befreiung. Gefestigter denn je präsentiert sich die kommunistische Macht in der Tschechoslowakei. Den großen Säuberungswellen der vergangenen Jahre ist eine Epoche der innerpolitischen Konsolidierung gefolgt. Allen Gerüchten zum Trotz ist die Tschechei ein treuer Satellit der Sowjetunion geblieben.

Es wäre sinnlos, wollte man die offiziellen Berichte als Barometer wirtschaftlichen Aufschwungs werten. Ein zuverlässigeres Bild der tschechischen Wirtschaftslage vermitteln die Prager Geschäfte, deren Auslagen einst der Inbegriff der Eleganz waren. Die Stadt, die in guten Jahren um der Qualität ihrer Lederwaren willen in ganz Europa berühmt war, fordert heute für ein Paar Damenlederschuhe minderer Güte den Gegenwert von zwei Arbeiterwochenlöhnen. Die Pragerin, die sonst im neuen Kostüm auf hochhackigen Schuhen über den Wenzelsplatz trippelte, hüllt sich nach östlichem Vorbild in grobe Röcke und weite Hemdblusen. Die Menschen bemühen sich zwar immer noch um ein gepflegtes Äußeres, doch sieht man den Kleidern und Anzügen an, daß sie aus besseren Zeiten stammen.

Prag ist arm geworden, bitter arm sogar seit der Währungs-

reform vor einem Jahr, die den Rentnern ihre letzten Ersparnisse nahm. Die Schlangen vor den Geschäften sind deswegen ebensowenig aus dem Straßenbild verschwunden wie der Schleichhandel aus versteckten Winkeln der Altstadt. Die Häuser machen einen verwahrlosten Eindruck. Der Putz blättert von den Wänden, der Lack platzt von den Fensterkreuzen. Von einigen Partei- und Regierungsbauten abgesehen, gibt es keine private Bautätigkeit. Ja, Prag ist arm geworden, auch an Men-

schen. Vierzigtausend Einwohner wurden als „politisch unzuverlässige Elemente“ in dörfliche Gemeinden umgesiedelt.

Das Gespenst der Deportation hat manchen Bürger der goldenen Stadt zum Schweigen gebracht. Denn nichts Schrecklicheres kann einem Prager zustoßen als die Verbannung aus seiner geliebten Stadt. Nicht einmal die Deutschen haben so etwas gewagt. Sechs Jahre kommunistische Diktatur haben überhaupt die Anschauungen über die Deutschen gewandelt. Der kleine Mann auf der Straße entdeckt nach einem kritischen Vergleich mit den eigenen kommunistischen Landsleuten doch manche sympathische Züge an den Deutschen, unter deren Ägide man noch Kuchen und Schlagsahne essen konnte und nahezu ungestört einen blutigen Weltkrieg überstand. Damals hatte man noch die Hoffnung auf Befreiung. Und heute?

## Noch über 500 000

Die Deutschen im polnisch verwalteten Gebiet

Stuttgart (DPA). In den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung leben gegenwärtig, nach vorsichtigen Schätzungen, noch 500 000 bis 800 000 Deutsche, davon zwei Drittel in Oberschlesien, berichtet das Zentralbüro des Evangelischen Hilfswerks in Stuttgart.

In den Kohlenrevieren des Waldenburger Berglandes in Niederschlesien gebe es 17 evangelische Gemeinden mit etwa 13 000 Mitgliedern, die von zwei Pfarrern und einigen Laienkräften betreut werden. Auch in anderen Teilen Niederschlesiens lebten noch viele Tausend evangelische Deutsche, die sich jedoch nur gelegentlich zu Gottesdiensten zusammenfinden könnten.

## Gottlosenbewegung mit Schwierigkeiten

London (AP). Die „Komsomolskaja Prawda“, die Zeitung des sowjetischen Jugendverbandes, hat zugegeben, daß das ständige Bemühen, die Jugend zur Gottlosigkeit zu erziehen, auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. In einem von Radio Moskau verbreiteten Artikel der

Zeitung wird die Intensivierung der Gottlosenbewegung gefordert und bemängelt, daß zu wenig zur „Ausrottung der Religiosität unter der Jugend“ getan werde.

## Die Terrorwelle nach dem Aufstand

Berlin (DPA). Wie von der Berliner Dienststelle des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen bekanntgegeben wurde, sind nach bisher vorliegenden Berichten in der Zeit vom 17. Juni 1953 bis zum 15. Juni 1954 von sowjetischen Militärgerichten in Berlin, Erfurt, Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg und Rostock 26 Personen zum Tode verurteilt worden.

Nach den Informationen des Bundesministeriums sind außerdem von den Bezirksgerichten der Sowjetzone und vom Ostberliner Stadtgericht in der Berichtszeit drei Personen zum Tode, 23 zu lebenslänglichem, 337 zu insgesamt 2276 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 110 Personen zu insgesamt 186 Jahren neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

## Hochverratsprozeß gegen Kommunisten

Karlsruhe (DPA). Vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe läuft zur Zeit der bisher umfangreichste Prozeß: Das Hochverratsverfahren gegen die KPD-Funktionäre Oskar Neumann (München), Karl Dickel (Wuppertal) und Emil Bechtie (Reutlingen). Im Mittelpunkt des Verfahrens steht die Arbeit des Ende 1950 gegründeten und im April 1951 verbotenen „Hauptausschusses für Volksbefragung“, in dem die Angeklagten eine große Rolle spielten.

Der kommunistische Hauptausschuß für die Volksbefragung gegen Remilitarisierung hat 1951 geplant, eine Volksbewegung mit dem Ziel des Sturzes der Bundesregierung zu schaffen. Diese Zeugenaussage machte der Düsseldorfer Facharzt Dr. Hilarius Rady, der seinerzeit dem Präsidium des Hauptausschusses angehörte.

## 8 Monate Gefängnis

Braunschweig (DPA). Zu acht Monaten Gefängnis verurteilte das Landgericht Braunschweig den 21jährigen Walter Babies. Unter dem Tarnnamen „Waldeemar“ hatte er versucht, Gruppen der in Westdeutschland verbotenen FDJ aufzubauen.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Bertuch, Martin, etwa 55 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Börgitz, Kr. Gardelegen, Mitglied der SED.
2. Bienert, Willi, etwa 52 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Döbern, Kr. Spremberg, Mitglied der SED. Beauftragter der sogenannten Staatlichen Kontroll-Kommission gewesen.
3. Bierholz, Karl, etwa 45 Jahre alt, zuletzt wohnhaft im Kreis Ludwigslust, vorher wohnhaft gewesen in Neubrandenburg u. früher im Kreis Randow, Mitglied der SED. 1. Kreisvorsitzender der Nationalen Front in Neubrandenburg gewesen, Mit-

## Freiheitsfeier an der Zonengrenze

Die Gedenkkundgebungen am ersten Jahrestag des 17. Juni

Berlin (Eigenbericht). In Westdeutschland und in Westberlin wurde in zahlreichen Kundgebungen und Feiern des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedacht. Bereits am Vorabend brannten an vielen Stellen der Zonengrenze, auf Helgoland und am Deutschen Eck in Koblenz während der Nacht Freiheitsfeuer. In Grußtelegrammen an Berlin bekundeten die westdeutschen Länderregierungen und Landtage sowie zahlreiche führende politische Persönlichkeiten des In- und Auslandes ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung der Zone.

In Anwesenheit des Bundespräsidenten Theodor Heuss wurde die Rheinbrücken-Auffahrt in Bonn feierlich in „Berliner Freiheit“ umbenannt.

Auf dem Festakt im Bonner Bundeshaus zum ersten Jahrestag des Volksaufstandes bezeichnete Bundeskanzler Dr. Adenauer den 17. Juni als einen Tag der Mahnung und Besinnung, an dem sich jeder die Frage vorlegen müsse, „ob wir wirklich alles getan haben, was in unseren Kräften steht, um“ die Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit herbeizuführen“. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit ist für uns eine Gewissenspflicht und unser unverzichtbares Recht, fügte der Kanzler hinzu.

„Die 18 Millionen Menschen in der Sowjetzone haben einen Anspruch auf unsere Liebe, Treue und Hilfe. Da staatliche Hilfe

infolge der Verhältnisse so wenig gewährt werden kann, müssen wir uns fragen, ob jeder von uns irgendeinem Freund oder Bekannten in der Zone alles das getan hat, was er ihm an Liebe und Treue zeigen könnte.“

Adenauer schloß mit der Hoffnung, daß der Tag der deutschen Einheit bald ein Tag der Erfüllung werde.

In den Hauptstädten der Bundesländer fanden zur Erinnerung an die Volkshebung Staatsakte statt. Die deutschen Botschafter in Paris, Rom, Brüssel, Madrid und Belgrad hatten alle dort lebenden Deutschen zu Gedenkveranstaltungen eingeladen.

Höhepunkt der Berliner Feiern, die am 16. Juni von Kundgebungen auf dem Oranienplatz und in Kreuzberg eingeleitet worden waren, war die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, auf der der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber, Vizekanzler Blücher, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr, sprachen.

Während der Rede des Vizekanzlers und im weiteren Verlauf der Feier war es zu Zwischenfällen gekommen, als kommunistische Ruhestörer und Propagandisten von der Menge erkannt und verprügelt wurden.

Am Morgen hatten an den Gräbern der Opfer des 17. Juni auf dem Friedhof an der Seestraße Vizekanzler Blücher, Bundesminister Jakob Kaiser, der Regierende Bürgermeister Dr. Walther Schreiber, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Kränze niedergelegt. Bundesminister Kaiser sagte, daß das Werk der Männer des 17. Juni durch die neue Volksbewegung für ein unteilbares Deutschland fortgesetzt werde.

glied versch. Massenorganisations.

4. Egelin, Gertrud, etwa 26 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Stangerode, Kr. Eisenleben, zuletzt Gemeinsekretärin gewesen, Mitglied der SED, SED-Funktionärin, Mitglied mehrerer Massenorganisations.
6. Full, wohnhaft in Dresden, Betriebsleiter, Fernmeldeamt Dresden.
5. Engleiter, Heinz, etwa 32 Jahre alt, zuletzt wohnhaft in Schierke, Kr. Wernigerode, zeitweilig wohnhaft auch in Elend, Kr. Wernigerode, von Beruf Glas-Kaufmann, Mitglied der SED.

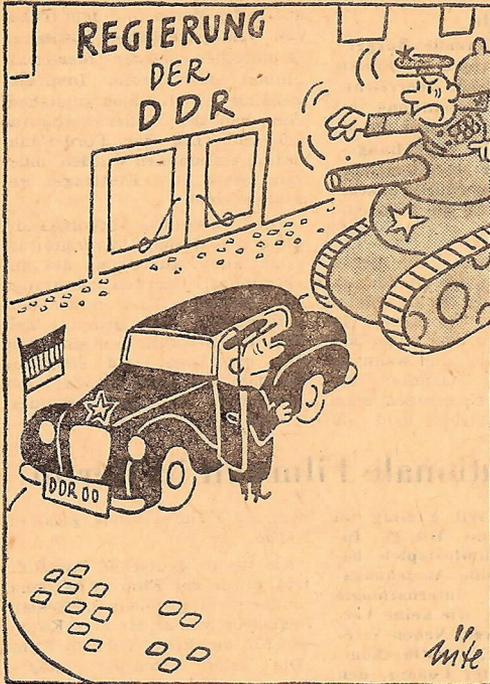
Am 17. Juni 1954 gezeichnet ...

## Denkzettel für Hennecke

Ein seltsamer Interzonenreisender tauchte am Sonntag unter den westdeutschen Bergleuten auf, die an einer Vorstandssitzung der Industriegewerkschaft Bergbau in Bottrop in Westfalen teilnahmen: Das Urbild des Übermenschen unter Tage, Adolf Hennecke persönlich. Bei 30 Grad Hitze wollte er den Kollegen in der kapitalistischen Wüste die Fata Morgana des sozialistischen Paradieses vor Augen führen.

Aber der Erfinder des Übersolls wurde diesmal daran gehindert, auch nur bescheidene hundert Prozent seines Propagandasolls zu erfüllen. In einer Abstimmung sprachen sich die westdeutschen Gewerkschaftler gegen die Anwesenheit des Mannes aus, der zum Symbol einer bis dahin in Deutschland unbekanntem Ausbeutung geworden ist. Ärgerlich verließ Hennecke das Lokal.

Hoffentlich hat Hennecke auf der Rückreise nach Pankow über die Ursache seines Hinauswurfs nachgedacht: In eine Versammlung von Arbeitervetretern, die die 40 - S t u n d e n - W o c h e erstreben, paßt nicht der Vertreter eines Systems, das den 40 - S t u n d e n - T a g einführen möchte.

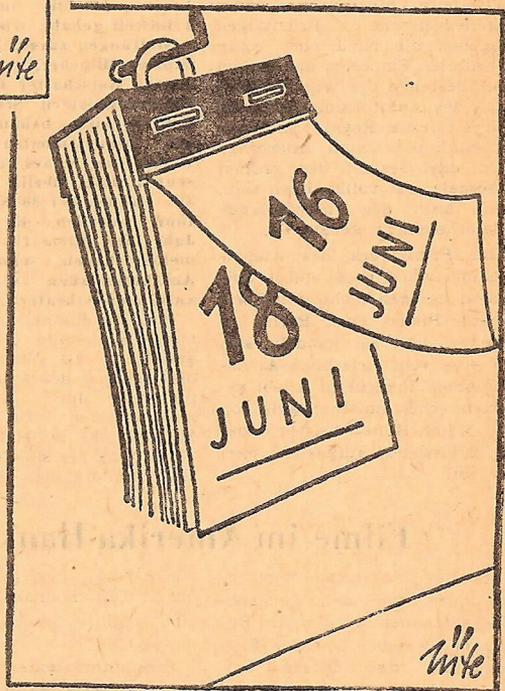


Dawai, dawai, bin heute und morgen wieder Dienstwagen für Regierung!

## Östliche Bilanz

Oder: Was der FDJ-Funktionär Peter Schulze aus Dresden während des dreitägigen Pfingsttreffens in Ostberlin erlebt hat:

1327mal Freundschaft gerufen; 84mal geschworen, mich bedingungslos für die Sowjetunion einzusetzen; 83mal meinen Ausweis zeigen müssen; 79mal die Regierung der DDR hochleben lassen, weil sie unermüdlich für das Wohl der Bevölkerung sorgt, und 79mal dabei an meinen Arbeitskollegen Paul denken müssen, der jetzt in Hamburg lebt und sich zu Pfingsten einen Motorroller angeschafft hat; 28mal gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands protestiert; 21mal zur Volkspolizei gemeldet; 18mal zum freiwilligen Ernteeinsatz; 16mal die Verpflichtung übernommen, keine westlichen Hetzsender zu hören; 2mal an Aufbauschichten teilgenommen und eine Stunde Ruhe gehabt.



Was Pankow gern erfinden möchte!  
Den sowjetdeutschen Kalender

## Die Freie Universität wächst

### Einweihung der neuen Gebäude

In einem akademischen Festakt hat der Regierende Bürgermeister Dr. Schreiber die Schlüssel zu den Neubauten der Freien Universität dem derzeitigen Rektor Prof. Dr. Hirsch überreicht. Die feierliche Veranstaltung fand unter starker Beteiligung in- und ausländischer Gäste im neugeschaffenen Auditorium maximum statt. US-Außenminister Dulles sandte ein Begrüßungstelegramm. In einer Ansprache übermittelte der amerikanische Oberkommissar Botschafter Conant die herzlichen Glückwünsche der USA. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festrede von Bundesinnenminister Dr. Schröder.

Die umfangreichen Neubauten sind eindrucksvolles Beispiel moderner Bauweise. Beherrscht werden die Räume von der durch 4000 qm Glas geschaffenen Helle, die zum Teil durch zwei Stockwerke bis hinunter in den Garderobenraum gezogen wird. 14 000 qm Nutzfläche sind umbaut worden.

Wodurch wird die Atmosphäre des Hauses geschaffen? Es lassen sich nur einige wesentliche Eindrücke wiedergeben. Da sind neben dem flutenden Licht die schmalen Wandelgänge, in die man hoch hinaufsehen kann. Schmiedeeiserne Brüstungen umgeben die rund oder eckig gestalteten Emporen, aus hellem Holz bestehen die Wandverkleidung des Auditorium maximum und auch die Regale im riesigen Bibliotheksraum. Allerdings wird das Gesicht des großen Lesesaals erst vollkommen sein, wenn auch der anschließende Bibliotheksturm gebaut ist.

Ein Prunkstück des Außenlandes wird noch einige Zeit rehen, da man nicht weiß, wie es von Piräus nach Berlin zu schaffen ist. Es handelt sich um eine vom Griechisch-Archäologischen Institut in Athen gestiftete echte ionische Säule von 5,70 Meter Höhe, die vor einer der Breitwände aufgestellt werden soll.

Nicht genug aber mit diesem Neubau. Denn wenn die Studenten, endlich der dringenden Raumnot ledig, ihr neues Gebäude bevölkern, das allein 2600 Hörsaalplätze hat, und wenn die vier Institute, darunter das Publizistische, eingezogen sind, dann soll möglichst bald ein

neuer Bauabschnitt beginnen, und zwar in dem Gelände zwischen der Mensa und dem früheren Hauptgebäude. Zwischen Grünflächen werden hier noch einmal drei große Institutsgebäude mit Hörsälen entstehen. Nachdem die bisher verbauten 7,5 Mill. DM der Ford-Foundation entnommen wurden, müssen jedoch noch Etatfragen geklärt werden.

Diese räumliche Vervollständigung der Freien Universität ist schon allein auf Grund des unvermindert starken Andrangs der Bewerber der Sowjetzone erforderlich. Von den zur Zeit 6700 Immatrikulierten sind 2200 aus der Zone, und steigende Tendenz hat auch die Zahl der Studenten aus dem Bundesgebiet.

## Internationale Filmwelt in Berlin

Berlin steht seit Freitag im Zeichen des Films. Die IV. Internationalen Filmfestspiele haben eine so große Anziehungskraft auf die internationale Filmwelt gehabt, wie keine Veranstaltungen zuvor. Neben Vizekanzler Blücher, US-Oberkommissar Botschafter Conant, den Bundesministern Schröder und Erhard sind bekannte Köpfe der internationalen Filmwelt, Regisseure, Stars und Produzenten nach Berlin gekommen. Die Fahnen der 30 Nationen aus fünf Erdteilen, die in diesem Jahr ihre Filme für Berlin gemeldet haben, schmücken die Anfahrtsstraßen zu den Festaufführungstheatern.

Im Mittelpunkt der Eröffnungsfeier stand die Bekanntgabe und die Verleihung der diesjährigen deutschen Bundesfilmpreise durch den Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder. Er teilte mit, daß die Verleihung der Bundesfilmpreise jetzt ständig zum Auftakt der

Berliner Filmfestspiele gehören werde.

Als bester deutscher Spielfilm 1954 wurde der Film „Weg ohne Umkehr“ ausgezeichnet. Bester Regisseur wurde Helmut Käutner für die Regie zu dem Film „Die letzte Brücke“. Beste Hauptdarsteller wurden Ruth Leuwertik und René Deltgen.

Die Festspiele bringen u. a. 20 Uraufführungen und vier europäische Erstaufführungen.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in ständ-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.